

MAILING OFFICE – Nicht steuerliche Eintreibung

EMPFÄNGER : Amtsstellen für die Einnahmen der Domänen und/oder strafrechtlichen Geldbußen	DATUM: 18-06-2012	Nr. 2011-026
DIREKTION/DIENSTSTELLE		
ANSPRECHPARTNER:		
Direktion I/5/A	Name	Dienstgrad
	Pascale Cockx	Steuerexperte
	E-Mail	pascale.cockx@minfin.fed.be
	Tel/Fax:	Tel. 0257/643 08 Fax: 0257/966 58
Klassifizierung: strafrechtliche Geldbußen		
Betrifft: Gesetzgebung Alkohol-Wegfahrsperre		
Anlagen: /		

Im Belgischen Staatsblatt vom 15. September 2009 wurde das „Gesetz vom 12. Juli 2009 zur Abänderung des am 16. März 1968 koordinierten Gesetzes über die Straßenverkehrspolizei, was die Einführung von Alkohol-Wegfahrsperren betrifft“ veröffentlicht. Drei Ausführungserlasse vom 26. November 2010 in Bezug auf dieses Gesetz wurden im Belgischen Staatsblatt vom 9. Dezember 2010 veröffentlicht. Einer dieser Erlasse, nämlich der „Königliche Erlass über den Einbau der Alkohol-Wegfahrsperre und das Begleitprogramm“ ist von Belang für die Erhebung und Eintreibung der strafrechtlichen Geldbußen.

I. Gesetzesbestimmungen

Artikel 2 des vorerwähnten Gesetzes bestimmt:

In Kapitel V des Gesetzes vom 16. März 1968 über die Straßenverkehrspolizei wird ein Artikel 37/1 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

" Im Fall einer Verurteilung wegen eines Verstoßes gegen die Artikel 34 § 2, 35 oder 36 kann der Richter, wenn er nicht die definitive Entziehung der Erlaubnis zum Führen eines Motorfahrzeugs ausspricht, die Gültigkeit des Führerscheins des Zuwiderhandelnden für einen Zeitraum von mindestens einem Jahr und höchstens fünf Jahren oder für immer auf Motorfahrzeuge mit einer Alkohol-Wegfahrsperre beschränken, vorausgesetzt, dass der Zuwiderhandelnde als Führer die Bedingungen des in Artikel 61quinquies § 3 erwähnten Begleitprogramms erfüllt. Der Richter kann die Geldbuße um die gesamten beziehungsweise um einen Teil der Kosten für den Einbau und den Gebrauch einer Alkohol-Wegfahrsperre in einem Fahrzeug sowie um die Kosten des Begleitprogramms verringern, ohne dass die Geldbuße auf weniger als einen Euro reduziert werden darf". (Wir sind es, die im Text unterstrichen haben).

Artikel 10 des oben erwähnten Königlichen Erlasses bestimmt Folgendes:

„Der verurteilte Führer bezahlt sowohl den Einbau und den Gebrauch der Alkohol-Wegfahrsperre, als auch die Kosten des Begleitprogramms, nachdem er dazu von der Begleiteinrichtung aufgefordert wurde.

Falls der Richter, gemäß Artikel 37/1 des Gesetzes, die Geldbuße um die gesamten beziehungsweise um einen Teil der Kosten verringert, muss der Betroffene nach Erhalt einer Zahlungsaufforderung durch die zuständige Verwaltung mithilfe von schriftlichen Belegen die Bezahlung der in Absatz 1 genannten Kosten nachweisen, damit die Verwaltung diese Kosten übereinstimmend mit dem richterlichen Urteil vollständig oder zum Teil in Abzug bringen kann. Falls der Betroffene die Zahlung der Kosten innerhalb einer angemessenen Frist nicht nachweisen kann, wird die Geldbuße nachträglich eingetrieben“.

II. Kommentar

Zusammengefasst geht aus dem vorangehenden Text hervor, dass der Richter demjenigen, den er zum Einbau einer Alkohol-Wegfahrsperre verurteilt hat, ermöglichen kann, die Kosten für den Einbau und den Gebrauch dieser Alkohol-Wegfahrsperre von der Geldbuße, zu der er mit derselben Gerichtsentscheidung verurteilt wurde, abzuziehen. Die Bedingung ist, dass der Verurteilte binnen einer angemessenen Frist den schriftlichen Nachweis über die ausgelegten Kosten beibringt. Der abzuziehende Betrag kann die gesamte oder einen Teil der ausgelegten Kosten decken. Der Betrag der so verringerten Geldbuße darf allerdings nicht weniger als einen Euro betragen.

Der Verurteilte nimmt nach Erhalt der Benachrichtigung durch die Staatsanwaltschaft unmittelbar Kontakt mit einer von ihm gewählten zugelassenen Begleiteinrichtung für ein einleitendes Begleitgespräch auf, das innerhalb von 14 Tagen stattfindet (siehe Artikel 5 des K.E. vom 26/11/2010). Bei dieser Gelegenheit erhält der Verurteilte Informationen, unter anderem in Bezug auf die Kosten.

1) Angemessene Frist

Mit dem FÖD Mobilität und Transportwesen wurde vereinbart, dass das Datum, an dem die in Artikel 10 genannte angemessene Frist beginnt, die Frist ist, die in der zweiten versandten Zahlungsaufforderung gewährt wird. In der ersten versandten Aufforderung wird der Betreffende darum gebeten, innerhalb von 15 Tagen zu bezahlen. Zur Vermeidung von Zahlungsverzug bei der Bearbeitung der Zahlungen wird nach einer Woche eine zweite Aufforderung verschickt, in der er darum gebeten wird, binnen 8 Tagen zu zahlen. Bei Ablauf dieser Frist ist eine Woche zu warten, ehe andere Schritte unternommen werden. In der Tat verfügt der Verurteilte über einen Zeitraum von mindestens 5 Wochen, ehe das Urteil rechtskräftig geworden ist, um nachzuweisen, dass er Kontakt mit der Begleiteinrichtung aufgenommen hat und um einen Zahlungsbeleg beizubringen.

Als Zahlungsbeleg können akzeptiert werden: das Original oder eine Kopie des Bankauszugs, auf dem ersichtlich ist, dass der Betrag effektiv abgebucht wurde oder eine von der Begleiteinrichtung oder dem Dienstleistungszentrum ausgestellte Quittung.

2) Von der Geldbuße abzuziehender Betrag

Der Mindestbetrag der Geldbuße bei einem Verstoß (Strafgesetzbuch, Art. 38) beträgt 1 Euro zuzüglich der Zuschlagzehntel. Der Höchstbetrag, der als Kosten für den Einbau der Alkohol-Wegfahrsperre zu berücksichtigen ist, beträgt also: Betrag der Geldbuße zuzüglich Zuschlagzehntel – 1 Euro zuzüglich Zuschlagzehntel. Würden die Zuschlagzehntel nicht berücksichtigt, bedeutete dies, dass der Betreffende zu einer geringeren Strafe als der Mindeststrafe verurteilt wurde. Der zu berücksichtigende Höchstbetrag ist der Betrag der Geldbuße minus 6 Euro (einschließlich Zuschlagzehntel zum derzeitigen Satz).

Eine Alkohol-Wegfahrsperre muss in jedes Fahrzeug, das der Verurteilte fahren möchte, eingebaut werden. Allerdings darf es sich bei dem von der Geldbuße abziehbaren Betrag nur um die Einbaukosten für ein einziges Fahrzeug handeln.

Hinweis: der für den Einbau und den Gebrauch der Alkohol-Wegfahrsperre entrichtende Betrag darf nur von der verhängten Geldbuße abgezogen werden; in keinem Fall darf er von den Gerichtskosten oder Beiträgen zu den diversen Fonds abgezogen werden; diese sind sofort in Gänze einforderbar.

3) Art der Geldbuße

Die Geldbuße wird vom Richter verhängt. Die Art der Geldbuße wird durch ihre Höhe bestimmt. Die Kosten für den Einbau der Alkohol-Wegfahrsperre können von den zu zahlenden Geldbußen abgezogen werden, vorausgesetzt der Richter hat dies bestimmt. Dies ist jedoch nur möglich für Strafen, die wegen eines Verstoßes gegen Artikel 37/1 des Gesetzes über die Straßenverkehrspolizei verhängt werden. Die Art der Geldbuße selbst wird nicht geändert, sondern lediglich der Betrag, den der Verurteilte an den belgischen Staat entrichten muss. Der Staat übernimmt in der Tat einen Teil der Einbaukosten für die Alkohol-Wegfahrsperre. Eine Geldbuße, die aufgrund eines Vergehens verhängt wird, bleibt eine Geldbuße wegen eines Vergehens und sie wird nicht zu einer Geldbuße wegen einer Übertretung, obwohl der Betrag derselben geringer als 26 Euro, zuzüglich der Zuschlagzehntel, ist.

4) Verjährung

Da die Art der Geldbuße sich nicht ändert, folgt daraus, dass die Verjährungsfrist der Geldbuße sich auch nicht ändert.

Eine Teilzahlung des Einbaus der Alkohol-Wegfahrsperre bedeutet eine Vollstreckungshandlung der auferlegten Strafe und jede Vollstreckungshandlung der Strafe unterbricht die Verjährungsfrist. Ungeachtet der Tatsache, dass der Betrag an den belgischen Staat nicht bezahlt wurde, kann er, wenn dies so verkündet wurde, von der geschuldeten Geldbuße abgezogen werden. Die Teilzahlung der Kosten für den Einbau der Alkohol-Wegfahrsperre kann folglich als Teilzahlung der Geldbuße betrachtet werden und jede freiwillige Zahlung unterbricht die Verjährungsfrist der Schuld.

Faktisch geht aus dem Vorangehenden hervor, dass die Anrechnung der Einbaukosten auf die Geldbuße die Verjährungsfrist nicht ändert und dass jede Anrechnung einer Teilzahlung die Verjährungsfrist unterbricht.

Hier wird die Aufmerksamkeit auf die Tatsache gelenkt, dass wenn der Verurteilte bereits die vollständige oder einen Teil der Geldbuße entrichtet hat und er kurz danach geltend macht, dass ein Teil der Geldbuße nicht zu zahlen war, auf keinen Fall die Rede von einer eventuellen Rückzahlung sein kann (siehe vorher: „Angemessene Frist“).

* * *

Nach unserem derzeitigen Kenntnisstand ist bis heute noch keine Akte dieser Art zwecks Eintreibung bei der Amtsstelle für die Einnahmen der Domänen und/oder strafrechtlichen Geldstrafen eingegangen. Beim aktuellen Stand der Dinge beantwortet dieser Serienbrief also wahrscheinlich nicht alle Fragen, die in der Praxis auftauchen können. Folglich wird dieser Serienbrief Gegenstand von Anpassungen sein, und zwar abhängig von den Erfahrungen, die bei der konkreten Bearbeitung dieser Akten gesammelt werden.

Für den Verwalter
der nicht steuerlichen Eintreibung

Anne Berré
Direktorin